

A N T R A G

der B90/Güne-Landtagsfraktion

betr.: Gute Startchancen für alle – echte Ausbildungsgarantie verwirklichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Laut des aktuellen Jahresberichts der Arbeitskammer des Saarlandes setzte sich der Negativtrend auf dem saarländischen Ausbildungsmarkt auch im vergangenen Jahr fort. So wurden trotz guter Konjunktur lediglich 7.128 Verträge neu abgeschlossen. Das ist, so die Arbeitskammer, ein neuer historischer Tiefstand.

Auch wenn das duale Ausbildungssystem als Vorbild in Europa und der Welt gilt, ist es immer nur so gut, wie es jungen Menschen auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz bietet. Vielen jungen Menschen bleibt dies derzeit aber verwehrt. So haben im Saarland im vergangenen Jahr 3.183 ausbildungsinteressierte Jugendliche keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Sie landen im sogenannten Übergangssystem, d.h. in einer von vielen berufsvorbereitenden Maßnahmen. Das gilt immer noch für rund 30% der ausbildungsinteressierten Jugendlichen.

Die Arbeitskammer stellt fest, dass Ursache für die hohe Bedeutung dieses Übergangssystems vor allem die mangelnde Ausbildungsintegration von Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss, mit Migrationshintergrund oder einem Unterstützungsbedarf ist. Statt die Jugendlichen auf dem Weg in ihr Berufsleben weiterzubringen und zu einem anerkannten Berufsabschluss zu führen, stellt dieses Übergangssystem häufig eine Sackgasse dar, da kaum eine dieser Maßnahmen zu einem Abschluss führt.

Um eine Alternative zu diesem ineffizienten Übergangssystem zu schaffen, soll die Vielzahl der bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen in Bestandteile einer betriebsnahen Ausbildung überführt werden und zu einer echten Ausbildungsgarantie umgewandelt werden. Kein Qualifizierungsschritt darf ohne Abschluss, Anschluss oder Anrechnung bleiben. Zusammen mit den Sozialpartnern, den Kammern und der Bundesagentur für Arbeit müssen überbetriebliche Ausbildungsstätten als zusätzliche Träger einer betriebsnahen Ausbildung auf- bzw. ausgebaut werden, die zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip mit hohen betrieblichen Anteilen anbieten.

Um die Ausbildungsgarantie zu verwirklichen, reicht die Garantie auf einen Ausbildungsplatz nicht aus. Die Jugendlichen müssen auch dabei unterstützt werden, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen und zu einem anerkannten Berufsabschluss zu gelangen. Nicht nur, aber insbesondere im Saarland ist die Zahl der Ausbildungsabbrüche viel zu hoch. Sie liegt bei 27,3 % und damit um rund 3 Prozentpunkte höher als im Bundesschnitt. Die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit, wie sie im Konzept der Jugendberufsagenturen vorgesehen sind, müssen hierfür ausgebaut werden.

Gerade für geflüchtete Menschen liegen die Hürden zur Ausbildung weiterhin hoch. Dabei wären hier frühzeitige Angebote der Schlüssel zum Integrationserfolg. Sie haben einen besonderen Unterstützungsbedarf und brauchen Sicherheit, sich auf ihre Ausbildung vorzubereiten und diese dann auch abschließen zu können. Die auf Bundesebene beschlossenen aufenthaltsrechtlichen Änderungen reichen hierzu nicht aus. Außerdem müssen bestehende Angebote wie die Einstiegsqualifizierung an die Bedürfnisse geflüchteter Menschen angepasst werden.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf:

- flächendeckend Jugendberufsagenturen einzurichten und den Modellversuch „Lückenlose Betreuung“ der Jugendberufsagentur im Landkreis Neunkirchen landesweit zu etablieren;
- das Projekt „Anschluss direkt“ auszubauen und an allen Gemeinschaftsschulen im Saarland anzubieten;
- sich für die Entfristung der assistierten Ausbildung und einen Ausbau der ausbildungsbegleitenden Beihilfen einzusetzen;
- praxisnahe Maßnahmen wie die Einstiegsqualifizierung anzupassen und um Angebote der allgemeinen und sprachbezogenen Sprachförderung sowie sozialpädagogischen Unterstützung zu erweitern, um Flüchtlingen den Einstieg in die Ausbildung zu ermöglichen;
- sich auf Bundesebene für ein gesichertes Bleiberecht für Asylsuchende und Geduldete in der Berufsausbildung und für anschließende Weiterbeschäftigung einzusetzen, um Rechtssicherheit für Auszubildende und Betriebe zu schaffen;
- allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten und sich hierzu auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Übergangsbereich grundlegend reformiert wird, indem die bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen in Bestandteile einer betriebsnahen Ausbildung überführt werden;
- die Qualität und Attraktivität der Ausbildung durch Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen, fairer Entlohnung und von Weiter- und Aufstiegschancen zu verbessern;
- die Berufsorientierung in der Lehrerausbildung und –fortbildung für alle Schulformen zu verankern;
- die Qualität der Berufsschulen zu sichern, indem die strukturellen Fehlstunden weiter abgebaut werden und auf einen weiteren Lehrerstellenabbau verzichtet wird.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.